
Vereinigte Linke*

(Wolfgang Wolff)

Wolfgang Wolff, Ökonom, ehemaliges SED-Mitglied,
ist Angestellter der Stadtwirtschaft in Ost-Berlin.

Frage: Die Vereinigte Linke (VL) versteht sich als Gruppe links von SDP und
Neuem Forum. Wen vertreten Sie?

Antwort: Wir setzen uns aus Mitgliedern verschiedener linker Gruppen der
Friedens- und Ökologiebewegung, aus Mitgliedern autonomer Studentense-
minare und Fabrikarbeitern, die zum Teil in der Gewerkschaftsarbeit veran-
kert sind, der Gruppe „Gegenstimme“ aus der Friedensbewegung und der
Gruppe demokratischer Sozialisten sowie einer Reihe engagierter Einzelper-
sonen zusammen. Die Vereinigte Linke ist ein Bündnis, in dem alle sozialen
Schichten vertreten sind. Gegenwärtig dominieren unter dem aktiven Poten-
tial noch die Intellektuellen. Aber wir sind davon überzeugt, die Zahl der
Arbeiter wird sich durch unsere Bereitschaft erhöhen, einen unabhängigen
Kongreß der Werktätigen aktiv zu unterstützen. Die Vereinigte Linke arbeitet
offen, nach außen wird sie von einem befristet autorisierten, gewählten Spre-
cherkreis vertreten. Dieser Sprecherkreis bezieht sich auf die einzelnen
Regionen. Es kann deshalb sein, daß der Sprecherkreis in Leipzig im Moment
zu anderen Entscheidungen in bezug auf die Tagespolitik kommt als zum Bei-
spiel der Sprecherkreis in Berlin. Eine entsprechende arbeitsfähige Struktur
ist bei unserem Treffen am letzten November-Wochenende mehrheitlich
besprochen worden.

Welches sind Ihre inhaltlichen Ziele?

Ein Programm wird gerade erarbeitet. Dabei stellen wir fest, daß es einfacher
ist, einen Minimalkonsens zu finden als ein Programm, das von allen linken
Strömungen gleichermaßen akzeptiert werden kann. Wir stehen links von der
SDP und setzen uns für einen demokratischen Sozialismus in der DDR ein.
Darunter verstehen wir eine Gesellschaft, in der die Produktionsmittel sociali-
siert sind, das heißt, daß die Werktätigen selbst die Verwaltung der Betriebe
übernehmen und sich die „Experten“ auf eine Beraterrolle beschränken. Wir
setzen uns für eine vollständige Demokratie ein, von der lediglich faschisti-
sche, rassistische und militaristische Kräfte ausgenommen sein sollen. Dazu
gehört die uneingeschränkte organisatorische und publizistische Freiheit für
alle Tendenzen, die nicht unter die drei genannten Kriterien fallen. Wir setzen
uns für Formen der direkten Demokratie am Arbeitsplatz, im Wohnviertel, im
Stadtbezirk, auf Kreis-, Regional- und Landesebene ein. Die konkrete Form

* Das Interview führte Wolfgang Templin am 28. November 1989.

dieser direkten Demokratie (Räte, Kommunen, Rat der Zentralregierung) ist unter uns noch umstritten.

Die Zukunft der DDR hängt wesentlich davon ab, ob es gelingt, die ökonomische Krise zu lösen. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß es dabei auch zur Übernahme marktwirtschaftlicher Elemente und zur Aufgabe bisheriger sozialistischer Steuerungsinstrumente kommt. Ist der Sozialismus am Ende?

Wir begreifen die Veränderung in Osteuropa und in der Sowjetunion nicht als Ende des Sozialismus, sondern als Ende des Stalinismus - einer antisozialistischen Gesellschaftsform. Der in Polen und Ungarn beschnittene Weg in Richtung Kapitalismus bedeutet für die dortige Bevölkerung Massenentlassungen, Reallohnsenkungen, Subventionskürzungen, Inflation und verstärkte soziale Differenzierungen. Diese Entwicklung trifft auf den noch sehr zaghaften und weitgehend unkoordinierten Widerstand der Werktätigen. In Polen symbolisiert sich dieser Widerstand beispielsweise durch die Kämpfe der Solidarnosc. Solche Tendenzen betrachten wir als Keimformen für einen demokratischen und selbstverwalteten Sozialismus.

Obwohl die begrenzte und vorläufige Ausweitung des Marktes in der DDR offensichtlich nicht umgangen werden kann, sehen wir unsere Perspektive nicht in einer „Mischwirtschaft“, wie sie von der SDP angestrebt wird. Der „Dritte Weg“ neben Stalinismus und Kapitalismus heißt für uns nicht Markt-Sozialismus, sondern Selbstverwaltungs-Sozialismus. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen am „runden Tisch“ ist in der Vereinigten Linken mehrheitlich beschlossen worden, an einem solchen „runden Tisch“ teilzunehmen und unsere Positionen insbesondere zu kommenden Wahlkonzepten öffentlich zu diskutieren. Wir setzen uns dafür ein, daß es noch vor den Wahlen zur Volkskammer einen parteiunabhängigen Volkskongreß gibt, bei dem Menschen unseres Landes, insbesondere die Werktätigen, Interesse und Bedürfnisse artikulieren können. Wir gehen davon aus, daß deren Interessen und Bedürfnisse der Maßstab für alle Parteien und Organisationen in unserem Land und für ein zukünftiges Wahlkonzept sein werden. Hauptthema auf einem solchen Volkskongreß sollte die Frage nach der zukünftigen Struktur der Gewerkschaften und die Arbeit der unabhängigen Betriebskommissionen und -räte sein. Hier könnten auch die Initiativen von Arbeiterräten dargestellt und von hier die Delegierten der Betriebe für eine breitere Reformregierung entsandt werden.

Dieses Modell erinnert stark an eine Räte-demokratie. Sie unterscheiden sich damit deutlich von den Zielen der anderen Gruppen. Gibt es auch gemeinsame Vorstellungen; Ziele, die gemeinsam durchgesetzt werden können?

Das gemeinsame Ziel aller Oppositionsgruppen ist die Verwirklichung voller Demokratie mit Ausnahme der drei genannten Tendenzen. Die eigentlichen Differenzen beginnen erst bei der Frage, wie die Ökonomie organisiert werden soll. Zur Durchsetzung der demokratischen Ziele streben wir eine punktuelle Zusammenarbeit mit allen anderen Oppositionsbewegungen an.

Statt einer Wiedervereinigung favorisieren Sie eine eigenständige Entwicklung der DDR. Erwarten Sie dabei auch Unterstützung aus der Bundesrepublik? Möglicherweise auch von den Arbeitnehmern in der Bundesrepublik und ihren Gewerkschaften?

Ob die Gewerkschaften der Bundesrepublik uns unterstützen können, läßt sich nur schwer sagen. Wir würden uns auf jeden Fall einen viel weniger bürokratisierten DGB wünschen, dessen Führung nicht gelegentlich in Zusammenarbeit mit der SPD kämpfenden Arbeitern in den Rücken fällt (Rheinhausen). Wir sprechen uns auch gegen den Ausschluß linker, klassenkämpferischer Gewerkschafter aus. Wir unterstützen Bestrebungen zum Erfahrungsaustausch und zur gegenseitigen Solidarität zwischen aktiven Gewerkschaftern in der BRD und der DDR (FDBG und Unabhängige). Wir unterstützen intensive Kontakte und möglichst institutionalisierte Kooperationsformen mit denjenigen Bürgern in der BRD, die sich für gewerkschaftliche Rechte und Interessen einsetzen sowie mit allen Kräften, die sich für die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in der BRD engagieren.